



# CDU Friedrichshain-Kreuzberg

## Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm

Einleitung.....	2
Friedrichshain-Kreuzberg – der Integrationsbezirk!.....	3
Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.....	6
Vorfahrt für Arbeit.....	7
Der Jugend eine Chance.....	10
Mit bürgerschaftlichem Engagement für einen I(i)ebenswerten Bezirk.....	13

verabschiedet auf dem Kreisparteitag  
am 1. Dezember 2007

## Einleitung

Wenn Menschen sich politisch engagieren, dann tun sie das fast ohne Ausnahme, um etwas zu bewegen, zum Besseren zu verändern. Das reicht vom eigenen Umfeld, fehlenden Sportplätzen oder Jugendeinrichtungen bis hin zu Fragen eines nachhaltigen Wachstums und dem richtigen System einer globalen Wirtschaftsordnung.

Hier Politik zu machen bedeutet, da zu sein für die Sorgen der Menschen, lokale Lösungen zu finden für globale Probleme, oft sogar Vorreiter zu sein bei Fragen, die sich auch andere Städte in Deutschland und Regionen in Industriestaaten weltweit zu stellen haben, wie etwa solche, die mit zunehmender Migration und ihrer sinnvollen Gestaltung zusammenhängen.

Die Faszination dieses Bezirks ist keine einfältige Idee der hier Geborenen, sie zieht Menschen von überall an und in ihren Bann, es sind Bezirke wie dieser, die die Attraktivität einer Großstadt ausmachen. Nur wenige Straßenzüge trennt verschiedene Welten, neben Bars und Cafés der Simon-Dach- oder Oranienstraße liegen Orte der Stille wie Halbinsel Stralau oder Landwehrkanal.

Und die gelebte Bürgergesellschaft, die unzähligen Vereine und Initiativen von Anwohnern und Eltern sind für uns prägend und beispielhaft. Die Begeisterung, mit der die Menschen hier für einen lebenswerten Kiez kämpfen, ist ihre Form von Patriotismus – auch wenn dieser Begriff kaum mehrheitsfähig sein dürfte. Was uns traurig macht, ist der oft ideologische Kampf um Worte, etwa die Meinung, dass mit „Leitkultur“ etwas anderes gemeint sein könnte als die für das Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft notwendigen gemeinsamen Verbindlichkeiten, die natürlich auch für „Deutsche“ gelten und sie „leiten“.

Was wir ablehnen, ist Klientelpolitik und Begünstigung von Gleichgesinnten auf Kosten der Allgemeinheit und damit auch auf Kosten von Kindern und anderen förder- und schutzbedürftigen Teilen der Gesellschaft. Leider gibt es auch hierfür Beispiele, wie die Duldung von Besetzern im Künstlerhaus Bethanien oder die verschenkten Fördermittel für einen jetzt wegen der dort vom Bezirksamt geduldeten Wagenburg nicht mehr zu realisierenden Sportplatz an der Revaler Straße.

Wir haben mit diesem Grundsatzprogramm den Versuch gewagt, auf wenigen Seiten zusammenzufassen, was uns programmatisch im Innersten zusammenhält, und uns zu positionieren in den für den Bezirk wichtigsten Politikfeldern.

Wir freuen uns über Anmerkungen und Anregungen!

Ihre CDU Friedrichshain-Kreuzberg  
Berlin, im Dezember 2007

## Friedrichshain-Kreuzberg – der Integrationsbezirk!

Unser Bezirk hat die Verpflichtung, eine Vorbildfunktion für unsere Stadt und unser Land einzunehmen – nämlich als erfolgreicher Integrationsbezirk.

Die CDU hat von Anfang an erkannt, dass die von politischen Mitbewerbern geträumte „Multi-Kulti“-Gesellschaft niemandem nützt, weder den Deutschen noch den Migranten. Folge einer „Multi-Kulti“-Gesellschaft ist im Ergebnis kein gewachsenes Miteinander, sondern die Abschottung, so wie wir sie derzeit in einigen Straßenzügen unseres Bezirkes erleben.

Die jetzige Bundesregierung verfolgt daher eine Politik, die Integration als **Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter christlich-abendländischer Grundwerte** definiert. Dies setzt die CDU auch praktisch um.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Integrationspolitik zur Chefsache erklärt und dazu eigens eine Staatsministerin für Integration ernannt: Maria Böhmer. Die CDU-Landesregierung von NRW hatte mit Armin Laschet den ersten **Integrationsminister** überhaupt und in Berlin fordert der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Friedbert Pflüger, dass der Integrationsbeauftragte direkt beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt wird.

Die Migranten, die hier im Rahmen der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung leben wollen, werden offen empfangen und als gleichberechtigte Mitbürger anerkannt, wie der Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin oder der Islamgipfel des Bundesinnenministers zeigen.

Gleichzeitig werden die Anforderungen an Migranten erhöht, um deren Integration und Chancen in Deutschland zu fördern, wie die **verpflichtenden Integrationskurse** beweisen.

Darüber hinaus werden keine Verhaltensweisen toleriert, die gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen, die aber früher unter dem Deckmantel der kulturellen Differenz entschuldigt wurden. Wir setzen uns gegen alle zur Wehr, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen. Von allen hier lebenden Menschen fordern wir einen respekt- und rücksichtsvollen Umgang miteinander.

Die bisherige Politik dieser Stadt hat die **Risiken** der Migration absichtlich übersehen und die **Chancen** fahrlässig verpasst: Im Gegensatz zu Ländern wie Kanada oder den USA haben wir das Potential von hochgebildeten und -motivierten Zuwanderern noch nicht erschließen können.

Deshalb fordert die CDU Friedrichshain-Kreuzberg:

### 1. Einbürgerungsfeiern

Einbürgerungsfeiern sollen an **öffentlichen Plätzen** und **feierlich** in Friedrichshain-Kreuzberg abgehalten werden. Damit zeigt der Staat, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft mehr als ein Verwaltungsakt ist. Die Einbürgerung ist vielmehr eine Einladung, als **gleichberechtigtes Mitglied** des Landes an dessen Gegenwart teilzuhaben und an der Zukunft mitzuwirken. Die Eingebürgerten erleben diesen Akt als etwas Erhabenes, auf das sie mit Stolz ihr Leben lang zurück blicken können. Wir erwarten von jedem, der eingebürgert werden will, eine Akzeptanz der freiheitlichen Grundordnung.

### 2. Deutsche Sprache

Sprache ist die Grundvoraussetzung für Integration. Es muss selbstverständlich sein, dass alle, die in Deutschland leben, die deutsche Sprache beherrschen. Davon ist aber unser Bezirk noch sehr weit entfernt – wie der Alltag und die Vorschultests zeigen. Die Kürzungen des Senats im Bereich deutscher **Sprachförderung** in den Schulen bewirken das genaue Gegenteil. Das Ansinnen, amtliche Schreiben, Bescheide usw. in nicht-deutscher Sprache zu verfassen, lehnen wir entschieden ab, da dies nur zu Verfestigung von Sprach-Parallelgesellschaften führt.

Lob und Anerkennung hingegen verdient die Regelung der Herbert-Hoover-Schule, auf dem Pausenhof **nur noch Deutsch als gemeinsame Sprache** zu sprechen. Das Bezirksamt sollte auch andere Schulen im Bezirk dazu ermuntern, solche freiwilligen Vereinbarungen zu treffen. Sie nützt jedoch wenig bei Schulen im Bezirk, in denen es keine Schüler mit

deutscher Muttersprache mehr gibt. Eine integrationsfördernde **Verteilung der Schüler** auch über den Einzugsbereich der einzelnen Schulen hinaus muss deshalb angestrebt werden. Dabei soll die Herkunftssprache nicht abgewertet werden, denn eine Sprache eröffnet den Zugang zu einer anderen Kultur, auch zu anderen Märkten. Aber Vorrang muss Deutsch haben, nur mit der Sprache der Mehrheitsgesellschaft eröffnen sich die notwendigen **beruflichen Perspektiven**.

### 3. Integration durch Arbeit

Arbeit spielt eine zentrale Rolle bei der Integration. Dort lernen sich Deutsche und Migranten kennen, müssen zusammen Herausforderungen meistern. Dadurch werden Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut, es entstehen Freundschaften, Integration gelingt.

Leider sind wir in Berlin durch die katastrophale Politik des Senats weiter davon entfernt denn je: Fast jeder zweite Migrant in Berlin hat keine Arbeit. Eine vernünftige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, wie sie andere unionsregierte Bundesländer und die Bundesregierung vormachen, ist somit die erste und beste Integrationspolitik. Zudem muss Migranten in einer **Qualifizierungsoffensive** der Weg aus der Arbeitslosigkeit, von der sie aufgrund fehlender **Ausbildungsabschlüsse** besonders stark betroffen sind, gezeigt werden. Gleichzeitig weisen wir aber auf die grundsätzliche Mitverantwortung des Einzelnen für eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt – wie auch in die Gesellschaft insgesamt – hin.

Am besten gelingt die Aufnahme in die Gesellschaft und später in den Arbeitsmarkt in jungen Jahren. Wir fordern daher gemeinsames Lernen für alle auch im Biologie- und Sportunterricht und unterstützen Klassenfahrten und andere gemeinschaftsbildende Erlebnisse.

Vor allem die Selbständigen unter den Migranten sind ein großes Potential für Berlin, das gefördert werden muss. Sie schaffen in Berlin ca. 30.000 Arbeitsplätze – für Migranten und Deutsche. Weiterhin sind Zuwanderer herzlich willkommen, die **motiviert und hochqualifiziert** sind bzw. Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.

### 4. Leistung und Qualifikation als Einstellungskriterien

Stellen in Wirtschaft und Verwaltung müssen mit den Besten besetzt werden, unabhängig von ethnischer oder sozialer Herkunft. Nur die Leistung darf zählen! Wir lehnen eine von Grüne, PDS/Linke und SPD geforderte „Migrantenquote“ daher ab. Migranten müssten sich bei einer solchen Quote immer fragen, ob sie aufgrund ihrer Leistung und Qualifikation eine Stelle bekommen haben oder aufgrund der Quote. Eine Einstellungsquote würde nicht zum **Miteinander in der Gesellschaft** beitragen und damit allen Beteiligten schaden.

Zu begrüßen ist jedoch eine **verstärkte Einstellung** von Menschen nichtdeutscher Herkunft in Polizei und Verwaltung; das Beherrschen einer Fremdsprache kann durchaus ein Qualifikationskriterium sein. Als **positives Vorbild** tragen diese Staatsdiener zur Identifikation der Migranten mit Deutschland bei.

### 5. Ausländerwahlrecht

Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer ist integrationspolitisch das völlig falsche Signal: Warum sollte man als Nicht-EU-Bürger überhaupt noch Deutscher werden wollen und sich integrieren, wenn man auch ohne die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates ohnehin wählen darf?

Zudem hat das Bundesverfassungsgericht in zwei Urteilen entschieden, dass die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer gegen unser Grundgesetz verstößt; die Forderung von SPD, PDS/Linke und Grüne ist daher leider nur populistisch zu nennen. Es gibt es einen einfachen Weg, in Deutschland gewählt zu werden und zu wählen: **Deutscher werden!**

Das Integrationsland Deutschland und die CDU heißen Sie herzlich willkommen!

### 6. Stärkeres Engagement gegen Extremismus und schärfere Strafen für Kriminelle

Das friedliche Zusammenleben wird durch eine erhöhte Kriminalität von Migranten erschwert, eine relativ kleine Gruppe bringt dabei alle in Verruf. Es liegt deshalb im ureigenen Interesse aller Migranten, dass Kriminelle (wie etwa Drogendealer oder

Gewaltverbrecher) abgeschoben werden, und zwar schon bei einer **Verurteilung ab einem Jahr** Haftstrafe.

Ausländische Rechts- und Linksextremisten (z.B. die PKK) verfolgen undemokratische Ziele und bringen Konflikte aus ihren Heimatländern nach Berlin, nach Friedrichshain-Kreuzberg. Der **Verfassungsschutz** muss diese Organisationen verstärkt ins Visier nehmen.

Das Gewaltmonopol des Staates muss durchgesetzt werden, Selbstjustiz und Racheakte haben in einem Rechtsstaat keinen Platz.

Wer unser **Grundgesetz** und damit auch die **Gleichberechtigung von Mann und Frau** ablehnt, egal unter welchem Vorwand, ist Gegner unserer Gesellschaft. Zwangsehen, Scheinehen und -vaterschaften können wir nicht hinnehmen. Religion darf nicht instrumentalisiert, Religionsfreiheit nicht missbraucht werden. Gewaltbereite Religionsvertreter und „Hassprediger“ müssen abgeschoben oder, falls eine Ausweisung rechtlich nicht möglich ist, durch Polizei und technische Einrichtungen überwacht werden.

## 7. Islam als gelebte Religion in Deutschland anerkennen

Wir setzen uns für das Grundrecht auf Religionsfreiheit in Friedrichshain-Kreuzberg ein und heißen alle Religionen im Bezirk willkommen.

„Der Islam ist inzwischen Teil Deutschlands und Europas; also muss er auch die Grundregeln und Normen und Werte, die Europa konstituieren, akzeptieren“ (Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am 25.09.2006).

Wir begrüßen, dass Muslime aus Hinterhofmoscheen an die Öffentlichkeit kommen, auch mit repräsentativen **Moscheen**. Allerdings sollen diese sich in die bauliche **Umgebung einfügen** und nicht Machtdemonstration sein. Ein Gebetshaus ist ein **religiöser Ort** und nicht Keim und Rückzugsort einer Parallelgesellschaft. Moscheen sollten nicht alle nur an einem Ort liegen, um Nicht-Muslimen ihr Unbehagen vor einer fremden Religion zu nehmen. Es ist zudem darauf hinzuwirken, dass an den Berliner Universitäten Imame und Religionslehrer ausgebildet werden, die die deutsche Sprache sprechen und hier aufgewachsen sind, sodass Moscheen auf „von draußen geschickte“ Personen mit zum Teil zweifelhaftem Hintergrund verzichten können. Nur **hier ausgebildete Religionslehrer** sollen, auf Grundlage des Grundgesetzes und in deutscher Sprache, islamischen Religionsunterricht geben dürfen.

Die Angehörigen der islamischen Religionsgemeinschaft in Deutschland haben auch durch ihre Verbände auf die im christlich-abendländischen Europa üblichen Rechte für Frauen in der Gesellschaft und in der Familie hinzuwirken.

## 8. Vielfältige Sozialstruktur

Der fortschreitenden Trennung von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft ist entgegenzutreten. Frei werdende Wohnungen sind so zu belegen, dass eine **durchmischte Mieterstruktur** entsteht. Wenn Menschen sich bereits in ihren Wohnquartieren kennen lernen und beginnen einander zu verstehen, ist eine gute Grundvoraussetzung für Integration gegeben.

Auch gemeinsame Aktivitäten in **Sport- und anderen Vereinen** sind so möglich, im Sinne der Integration ist Geld für die Förderung eines „gemischten“ Sportvereins am besten investiert.

## 9. Flüchtlingspolitik

Deutschland war und ist immer ein Zufluchtsort für Flüchtlinge.

Allein während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren hat Berlin mehrere zehntausend Flüchtlinge aufgenommen, mehr als Frankreich und Großbritannien zusammen. Darauf sind wir stolz.

Allerdings dürfen wir nicht zulassen, dass dies missbraucht wird. Mehrere tausend Flüchtlinge haben es durch langwierige Verfahren und eine halbherzige Abschiebepolitik geschafft, dauerhaft im Land zu bleiben. Auch „Flüchtlinge“, die ihre **Identität verheimlichen**, indem sie z.B. ihren Pass „verlieren“, verdienen nicht den Schutz unseres Landes. Solche Täuschungen sind durch verstärkte Überwachung, schnelle Gerichtsverfahren und abschreckende Maßnahmen **zu verhindern**. Diejenigen, die keinen Aufenthalt aus humanitären Gründen erhalten, sind **konsequent abzuschieben**.

## 10. Regelung der Zuwanderung

Hauptkriterium für zukünftige Zuwanderung ist ein Bedarf an den Fähigkeiten desjenigen, der zu uns kommen will. Er oder sie muss sich unserem Wertekanon verpflichtet fühlen, unsere Gesellschaftsordnung anerkennen und darf nicht vorbestraft sein.

## Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Unser Bezirk hat ein breites Entwicklungspotential: Vom Gleisdreiecksgelände bis zur Rummelsburger Bucht, vom Platz der Vereinten Nationen bis zum Görlitzer Park. Neben den privaten Ansiedlungserfolgen rund um den Spreeraum sind in den letzten Jahren einige Stadtteile und Quartiere in Friedrichshain-Kreuzberg von einer nachhaltigen öffentlichen Stadtplanungs- und Verkehrspolitik des Senats und des Bezirks leider abgekoppelt worden. Die Potentiale an „vermarktungsfähigen“ Flächen im Spreeraum werden stetig kleiner und die Arbeitslosenquote im bezirklichen Durchschnitt liegt nach wie vor auf hohem Niveau.

Daher fordert die CDU Friedrichshain-Kreuzberg:

1. Durch eine **zielgerichtete Bau- und Verkehrspolitik** muss verhindert werden, dass weitere sozial schwache Stadtquartiere im Bezirk entstehen und sich eine Verödung zum Nachteil der Anwohner und ortsansässigen Gewerbebetrieben breit macht.
2. Die bezirkliche Verkehrsinfrastruktur muss nachhaltig ausgebaut werden. Dies dient sowohl dem **öffentlichen Personennahverkehr als auch dem notwendigen motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr**. Durch die Instandhaltung und den erforderlichen Neubau von Straßen und Stellplatzangeboten (z.B. Rummelsburger Bucht) muss ein notwendiges Infrastruktur-Angebot geschaffen werden. Parkraumbewirtschaftung in Wohngebieten lehnen wir entschieden ab.
3. Neue Bauvorhaben im Bezirk sollen mit einem angemessenen Anteil an **Grün- und Freiflächen** einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Bewohner in ihrem Kiez wohlfühlen können. Diese Politik muss dem bisher unterdurchschnittlichen Grünflächenanteil im Bezirk entgegenwirken.
4. Die bisher zu verzeichnende **Abwanderung von Bewohnern** aus dem Bezirk muss mit einer Ansiedlungspolitik gestoppt werden. So können die durch eine Abwanderung (u.a. von Fachkräften) zurückbleibenden schwierigen sozialen Wohnumfeldverhältnisse vermieden werden.
5. Mehr Arbeitsplätze entstehen durch eine innovative bezirkliche **Ansiedlungspolitik von Unternehmen** – diese Maßgabe muss mit einer bezirklichen Bau- und Verkehrspolitik gezielt verfolgt werden. Dazu gehört auch, dass Baustellen im Bezirk (z.B. Warschauer Brücke), die in der Folge u.a. auch den Wirtschaftsverkehr behindern, rechtzeitig im Rahmen eines **Baustellen- und Staumanagements** angezeigt werden.
6. Der **Wiederaufbau der Brommybrücke** zur Entlastung der Verkehrssituation rund um das Spreeufer bleibt aktuell vordringliche Aufgabe der bezirklichen Verkehrspolitik. Dabei muss diese sowohl für den Fußgänger- und Radfahrerverkehr als auch für den ÖPNV- und Kfz-Verkehr geplant und realisiert werden.

7. Die städtische Verkehrsplanung hinsichtlich eines **Autobahn-Anschlusses (A 100)** im Ortsteil Friedrichshain / Markgrafendamm muss gegen die bezirkliche Blockadehaltung weiter verfolgt werden.

8. Die Einrichtung einer **Stabsstelle „Wirtschaftsförderung“** beim Bezirksbürgermeister – diese dann auch erweitert um Kompetenzen im Bereich der Ansiedlungspolitik und **Stadtplanungspolitik** – halten wir für eine vordringliche Aufgabe des Bezirksamtes. Die Stabsstelle soll zu einer zentralen Anlaufstelle für Gewerbetreibende in unserem Bezirk ausgebaut werden.

9. Bestimmte Stadtquartiere, die in den letzten Jahren offenkundig eine Vernachlässigung sowohl durch die bezirkliche als auch die städtische Politik erfahren haben, müssen wieder in den Fokus der Stadtplanungspolitik gerückt werden. Dazu gehören u.a. die **Entwicklung der südlichen Friedrichsstadt / Friedrichstraße, die Wohnquartiere Kottbusser Tor und Mariannenplatz, der Boxhagener Kiez.**

10. Unsere Stadtplanungs- und Verkehrspolitik zielt auf ein Wohlbefinden der Anwohner im Kiez, verbunden mit einem **stabilen Wohnungs- und Gewerbenietniveau.** Eine nur auf öffentliche Einnahmen gerichtete Veräußerungspolitik des Senats z.B. hinsichtlich des städtischen Wohnungsbestandes, die soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte vernachlässigt, lehnen wir entschieden ab. Des weiteren sprechen wir uns dagegen aus, dass auch städtische Wohnungsbaugesellschaften durch Abschluss von Mietverträgen mit überhöhten Mieten das allgemeine Mietniveau vorsätzlich in die Höhe treiben.

## Vorfahrt für Arbeit

Arbeit bedeutet mehr als nur einer Beschäftigung nachzugehen. Arbeit bietet die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und sichert das Wohl der Familie. „Arbeit für alle“ und ein gerechter Lohn sind der **Kern sozialer Gerechtigkeit.** Daher ist es für die CDU ein Grundanliegen, dass alle arbeits- und erwerbsfähigen Menschen einer rechtmäßigen Arbeit nachgehen können; Massenarbeitslosigkeit und die daraus folgende Perspektivlosigkeit und Ausgrenztheit sind nicht hinnehmbar.

Arbeit und Leistung müssen sich dabei lohnen; wir unterstützen daher die Forderung nach branchenspezifischen und von den Tarifpartnern ausgehandelten **Mindestlöhnen.** Viele große Unternehmen und deren Anteilseigner haben von der Globalisierung profitiert, die Schere zwischen den verschiedenen Einkommensarten wurde im Ergebnis jedoch größer. Daher setzen wir uns für eine stärkere, direkte **Kapitalbeteiligung** der Beschäftigten an ihren Unternehmen ein. Sie ermöglicht Teilhabe am Aufschwung, Mitsprache und Identifizierung mit dem eigenen Betrieb.

Freiheit und Wettbewerb sind die Triebfedern unseres Wirtschaftssystems, denn die Dynamik der Unternehmen und die Tradition des Handwerks, des Mittelstandes, des Handels, der Industrie und einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft bilden das Fundament der deutschen Wirtschaft.

Das Ausmaß von **Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit** hat gerade in Berlin ein beträchtlichen Umfang angenommen. Dies führt sowohl zu enormen Einnahmeausfällen bei den Sozialkassen und den Finanzämtern als auch zu massiven Wettbewerbsverzerrungen. Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit gefährden vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die sich ehrlich verhalten. Um diese Auswüchse zu bekämpfen, ist die Einführung einer elektronisch lesbaren und fälschungssicheren Chipkarte an Stelle des Sozialversicherungsausweises sowie eine effektive Verzahnung der (internationalen) Ermittlungsbehörden erforderlich.

**Mittelständische Unternehmen** sind dabei das Rückgrat unserer Wirtschaft, sie bilden aus und handeln verantwortungsvoll ihren Mitarbeitern gegenüber – auch und besonders in Berlin und in Friedrichshain-Kreuzberg.

In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen deswegen neben **Bildungsinvestitionen** eine Neuordnung des Arbeitsmarktes mit **besseren Beschäftigungschancen** für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sowie ältere Menschen. Lohnnebenkosten können durch die Abkehr vom reinen Umverteilungssystem reduziert werden. Neben Regelungen auf Bundesebene können auch auf Landes- und Bezirksebene Weichen in Richtung mehr Beschäftigung gestellt werden. Hier ist als erstes die lokale **Wirtschaftsförderung** zu nennen, ein komplexes Querschnittsthema, das viele Akteure einbezieht. Um den Stellenwert der bezirklichen Wirtschaftsförderung zu verdeutlichen, sollte diese direkt dem Bezirksbürgermeister unterstellt werden.

Der Bezirk ist dabei nicht nur Verwaltung, sondern auch **Auftraggeber** und **Wirtschaftsakteur**, und er agiert nicht mehr nur passiv, sondern muss **fördern und fordern**. Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für ein solches Handeln zu schaffen. Dabei versteht sich die CDU nicht als führende Hand, sondern als Medium. Sie will Menschen aus dem gleichen Bezirk und mit der gleichen Geschichte zusammenbringen und Anreize setzen, um **Verbundenheit** der Menschen zu ihrem Bezirk zu schaffen.

Daher fordert die CDU Friedrichshain-Kreuzberg:

### 1. Kaufmännische Pflichten durchsetzen!

Jeder Kaufmann und Gewerbetreibender muss sich den geltenden kaufmännischen Pflichten, Regeln und Sitten verbunden fühlen und danach sein Handeln ausrichten. Dazu zählt neben dem Einhalten von Verträgen über Leistungen und Bezahlung auch das soziale und verantwortungsvolle Verhalten gegenüber Mitarbeitern, ebenso wie **angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung**.

Das bedeutet, dass Unternehmer die ihnen gestellten Rechnungen auch tatsächlich vereinbarungsgemäß zahlen. Denn das eingeforderte mitarbeiterorientierte Verhalten setzt die Liquidität des Unternehmens voraus.

Sinnvoll wäre daher in Friedrichshain-Kreuzberg, besser sogar Berlin und noch besser bundesweit eine Institution, die öffentlichkeitswirksam „schwarze Schafe“ brandmarkt und schnell, kurzfristig und mit sehr geringer Administration **Zahlungsausstände regelt**, um Unternehmen und Angestellte zu schützen.

Dies könnte ein Pilotprojekt mit bundesweiter Wirkung werden!

### 2. Bürokratieabbau

Als Ergebnis müssen **schnellere Bearbeitungszeiten** für Anträge und eine echte **Servicementalität** in den Ämtern als Ausdruck einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung stehen. Berlin muss den letzten Platz (von 50 deutschen Städten) beim Städteranking der „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ verlassen.

Die öffentliche Verwaltung muss transparenter, effizienter und schneller werden, etwa durch eine klare **Aufgabentrennung zwischen Senat und Bezirk**. Eine bürgernahe Verwaltung ist durch **Onlineangebote** zu schaffen, jedoch auch durch mehr Personal in **Bürgerämtern**. Kostenneutral kann dies geschehen, indem nach dem Vorbild anderer Städte Hierarchien in der Verwaltung gestrafft werden.

Derzeit noch übliche Wartezeiten in den Bürgerämtern von Friedrichshain-Kreuzberg von bis zu 300 Minuten in Spitzenzeiten sind nicht akzeptabel.

### 3. Existenzgründungsprogramme

Die bestehenden Programme müssen in Zusammenarbeit mit Verbänden, Innungen und anderen Institutionen (IHK etc.) verstetigt, ausgebaut und erweitert werden. Hier stehen v.a. **Beratungsangebote** für Gründungswillige (Organisationsberatung etc.) im Vordergrund.

#### 4. Vermarktungsaktivitäten

Dringend nötig ist eine **Imageförderung** für Friedrichshain-Kreuzberg, um neue Investoren anzulocken. Neben bestmöglichen Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen muss der Bezirk Menschen, die Arbeit schaffen, willkommen heißen und dies auch nach außen hin vermitteln. **Investoren** muss buchstäblich der „rote Teppich“ ausgerollt werden.

Der Regierende Bürgermeister hat wie alle Mitglieder von Senat und Bezirksamt bei ihrer Tagesgestaltung diesen Terminen Vorrang einzuräumen.

#### 5. Förderung von Technologie, Dienstleistung und zukunftsweisenden Branchen

Durch die Ansiedlung neuer Technologien oder anderer zukunftsweisender Branchen entstehen nachhaltige Arbeitsplätze. Wirtschaftliche „Cluster“ können dabei eine enorme Strahl- und Anziehungskraft entwickeln. In Friedrichshain-Kreuzberg ist hier an erster Stelle die **Medienbranche** im Bereich um die Oberbaumbrücke entlang der Spree zu nennen.

Weitere Potenziale im Bezirk (z.B. innovative **Kunst- und Modeszene** in Kreuzberg, **Tourismus** oder **Umweltschutzprojekte**) sind zu erschließen und mit höchster Priorität zu fördern.

Doch auch alteingesessene Unternehmen müssen unterstützt werden, Anwohnerinteressen sind gegenüber kleinen und mittelständischen Unternehmen ebenso mit **Augenmaß** zu vertreten (z.B. durch Übergangsfristen bei Feinstaubwerten) wie Mehrkosten durch ideologisch motivierte Straßenumbenennungen (hier Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße) oder Ähnliches zu unterbleiben haben.

#### Solidarität in Friedrichshain-Kreuzberg

Soziale Solidarität bedeutet, dass sich Junge um Alte kümmern und Besitzende den Ärmeren helfen. Sie bedeutet Kommunikation und Interaktion zwischen den Menschen in einer Gesellschaft und Unterstützung gerade für die Schwächsten in Form einer **Hilfe zur Selbsthilfe**.

Eine demographisch älter werdende Gesellschaft wird das Bild dieses Landes im Kern verändern und erfordert neue Antworten. Flexible Formen des Ausscheidens aus dem Beruf müssen gefunden und unterstützt werden, **Kompetenz und Erfahrung** der älteren Generation müssen genutzt werden. Konzepte wie Mehrgenerationenhäuser, **Helferbörsen** und **Nachbarschaftstreffpunkte** sind zu fördern, **Mobilität, Berufstätigkeit und Gesundheit** der älteren Generation sind so lange wie möglich zu stärken und zu erhalten. Die Einweisung in eine stationäre Pflegeeinrichtung muss die absolute Ausnahme bleiben, **mobile ärztliche Versorgung** und das **Miteinander der Generationen** stehen als Alternative zur Verfügung. Gegenseitige Solidarität nützt nicht nur älteren Menschen durch Hilfestellung im Alltag und Pflege, sondern auch jüngeren in Form von Kinderbetreuung. Und seniorengerechte U- und S-Bahnhöfe nützen auch Familien mit Kleinkindern.

Staat und Politik müssen für dieses Miteinander bei Verkehrsplanung (**seniorengerechter ÖPNV**) und Stadtentwicklung (**Mehrgenerationenhäuser, Gesundheitszentren**) die Rahmenbedingungen schaffen.

Die CDU möchte Unternehmen, insbesondere Selbstständige, aus dem Bezirk zusammenbringen. Es soll ein Forum in der Art eines Gewerbestammtisches geschaffen werden. Ziel ist es die Kommunikation unter den Selbstständigen zu fördern.

Konkret heißt das:

1. Einrichten einer **Kommunikationsplattform** zwischen KMU und dem Bezirksamt (Bündnis für Wirtschaft und Arbeit in Friedrichshain-Kreuzberg). Die Mittelstandsvereinigung der CDU könnte bei diesem Dialog zwischen den Seiten vermitteln, den Unternehmern im Bezirk soll ein Forum geboten und so die Bildung von **Netzwerken** in den Kiezen und ein Klima des Miteinander unterstützt werden.

2. Eine enge **Zusammenarbeit zwischen Schulen und ansässigen Unternehmen** fördern. **Schulpraktika** können auf 10 Schultage gekürzt, dafür aber in den Klassenstufen 8 bis 10

durchgeführt werden. So haben die Schüler die Möglichkeit, ihre Vorstellungen mehr als einmal in der Praxis zu überprüfen und sich zu beweisen. Schüler lernen so Betriebe in ihrer Nähe kennen und können sich bei der Berufswahl orientieren. Eine weitere Möglichkeit, Kontakte für Schüler, Studenten und junge Menschen herzustellen sind die „**Tage der offenen Tür**“. Betriebe und potentielle Mitarbeiter können sich vor Ort kennen lernen, der Zusammenhalt zwischen allen Beteiligten wird gestärkt. Nur ein Auszubildender, der sich mit Freude in seinem Beruf einbringt, wird langfristig auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein.

3. **Weiterbildungs-** und sinnvolle Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende sollten durch den Bezirk vermittelt und **in Zusammenarbeit mit den Unternehmen** ausgearbeitet werden. Nur so lässt sich sicherstellen, dass der Arbeitssuchende dem gewünschten Profil am Arbeitsmarkt entspricht und sich schnell wieder in die (Arbeits-) Gesellschaft integriert.

4. Eine Änderung der **Vergabepaxis** ist überfällig: Unternehmen mit **regionaler Bindung**, jedoch auch mit weiteren sozialrelevanten Kompetenzen wie zum Beispiel **Tarifbindung und ökologische Prozesse** sollen bei Ausschreibungen bis zu einem rechtlich möglichen Höchstwert in einem beschränkten Vergabeverfahren bedacht werden. Größere Projekte sind, soweit möglich, in kleinen und damit auch für regionale KMU zu bewerkstellenden Teilen auszuschreiben. Der Bezirk hat bei allen von ihm nachgefragten Dienstleistungen regional verankerte und **sozial verantwortlich** agierende Anbieter zu bevorzugen.

Es soll **Freude** machen, **in unserem Bezirk zu wohnen!**

## Der Jugend eine Chance

### **Bildung, Freizeit, Sicherheit!**

Die Jugend ist unsere Zukunft. Das gilt vor allem in unserem jungen Bezirk. Sorgen wir dafür, dass wir eine gute Zukunft haben!

Daher fordert die CDU Friedrichshain-Kreuzberg:

1. Wir wollen eine Erweiterung des vorhandenen spezialisierten **Bildungsangebots** erreichen. Friedrichshain-Kreuzberger Schulen sollen für besondere Ausrichtungen berlinweit bekannt werden. Beispiele für solche „**Leuchtturmschulen**“ sind das Hertz-Gymnasium (Mathematik), das Händel-Gymnasium (Musik), die Dathe-Oberschule (Biologie), das Leibniz-Gymnasium (Geisteswissenschaften) und die Hausburg-Grundschule (bilinguale deutsch-spanische Europaschule) in Friedrichshain. Außerdem wollen wir die Neuansiedlung von Schulen im Bezirk fördern und somit das Bildungsangebot in Friedrichshain-Kreuzberg erhalten und nach Möglichkeit nachhaltig verbessern.

2. Weiter setzen wir uns für eine **Ausbildungsplatzinitiative** ein: Es soll eine Anlaufstelle für Ausbildungsplatzsuchende geschaffen werden, welche Beratung und Betreuung der jungen Interessenten durch besonders geschultes und motiviertes Personal sicherstellt.

3. Die CDU ist die Partei der **Sicherheit**. Dies gilt natürlich auch im Jugendbereich: Das Bezirksamt wird aufgefordert, künftig Projekte gegen Gewalt an und von Jugendlichen auch in den Schulen in Zusammenarbeit mit dem Polizeiabschnitt zu initiieren und sich an diesen, sofern sie bereits bestehen, zu beteiligen. Als positives Beispiel könnte sich die Kooperation mit der Polizei beim Projekt „Stoppt TOKAT“ erweisen.

4. Das **Jugendclubkonzept** im Bezirksamt ist zu überprüfen. In Zusammenarbeit mit den Sport- und anderen Vereinen sind Clubs für verhaltensauffällige Jugendliche einzurichten;

auch die Angebote für „normale“ Jugendliche, sich in ungezwungener Atmosphäre mit einem spannenden Programm auseinander zusetzen, sind zu erhalten und zu erweitern. Dabei ist nicht nur darauf zu achten, dass für jeden Jugendlichen im Bezirk ein Jugendclub oder eine Freizeiteinrichtung erreichbar ist, sondern es soll auch eine gesunde Durchmischung der unterschiedlichen Besucher erzielt werden.

5. Eine pädagogisch ausgebildete **Kontaktperson** des Bezirksamts sollte regelmäßig die Einrichtungen und Schulen besuchen, vorhandene Probleme aufnehmen und das Bezirksamt dazu verpflichten, für Abhilfe zu sorgen. Der **Polizei** soll das Angebot regelmäßiger **Sprechstunden** in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen ermöglicht werden.

6. Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg bezieht als einzige der in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien eine eindeutige Position gegenüber der Einheitsschule. Hier wird unserer Ansicht nach Geld für ein ideologisch motiviertes Projekt zum Fenster hinausgeworfen, das an anderer Stelle wahrhaft sinnvoll eingesetzt werden könnte. Als erstes muss die **Betreuungssituation** verbessert werden, Unterrichtsausfall muss der Vergangenheit angehören. Umstrukturierungen sind dabei zweitrangig, wie die Erfahrung in anderen Bundesländern lehrt. Starke und weniger starke Schüler sind durch individuelle Herausforderungen gleichermaßen zu fördern – wir halten nichts von Gleichmacherei. Nötig ist jedoch die Stärkung des Renommées der Hauptschule, etwa durch Verbindung mit der Realschule.

7. Weiter machen wir uns für die Einführung von **Kopfnoten** stark, um Schülern ihre Stärken und Potentiale im Umgang miteinander verbindlich aufzuzeigen. Nur wer seine Fehler erkennt, kann sie abstellen. Auch befürwortet die CDU die verstärkte Beschäftigung **externer Lehrender und Dozenten**, insbesondere im gymnasialen Unterricht. Die Einführung von **Praxisstunden**, mehr Exkursionen und Workshops im regulären Unterricht sind als berufsbildendes Element ausgesprochen sinnvoll.

Generell ist der **Leistungsgedanke** gegen die oft verbreitete „Kuschelpädagogik“ zu betonen. Finanzielle Spielräume können durch Schulwerbung und **Private-Public-Partnership** gewonnen werden.

8. Familie ist der Keim der Gesellschaft, jene muss jedoch dort eingreifen, wo Familien ihre Aufgaben nicht mehr selbst lösen können. Kinderarmut und Verwahrlosung im Kindesalter wirken sich durch Entwicklungsdefizite und soziale Ausgrenzung ein Leben lang aus. Dem muss begegnet, **gleiche Startchancen** unter allen Umständen und ungeachtet der sozialen Herkunft geschaffen werden. Genauso wichtig wie das Ende ist der Anfang der Bildungskarriere.

Die CDU befürwortet daher **kostenfreie Kitas** und **Ganztagschulen** in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Initiativen. Wir fordern ein kostenloses **Mittagessen** für jedes Kind an den Schulen. Dies begründen wir damit, dass hierin einerseits ein wirksames Mittel besteht, eine Grundversorgung aller Kinder zu gewährleisten, und andererseits für Kinder ein gemeinsames Mahl zur Förderung der Esskultur wichtig ist.

9. Wir fordern eine Einbindung der Eltern in den Schulalltag. Möglichkeiten für die Einbindung wären Gestaltung und Renovierung der Klassenräume oder des Pausenumfeldes.

## **Kita**

1. Kitas müssen als **Bildungsort** verstanden werden, daher sind sie personell so auszustatten, wie es die einschlägige europäische Richtlinie vorsieht. Der Personalschlüssel ist nach den Vorgaben dieser Richtlinie zu ändern. Nur so kann eine verantwortungsbewusste Betreuung in den Kitas gewährleistet und der Bildungsauftrag erfüllt werden.

2. Es ist im 4., 5. und im 6. Lebensjahr eines jeden Kindes ein altersgerechter **Sprachtest** durchzuführen, der über den Entwicklungsstand des Kindes Auskunft gibt und aufgrund von dessen Ergebnis die im Einzelfall notwendigen sprachlichen Bildungsmaßnahmen festgelegt werden können. Ziel ist es, die Kinder „fit“ für die Schule zu machen.

3. Die Erziehung der Kinder im musisch-künstlerischen Bereich ist Pflichtaufgabe der Kitas. Dazu gehört das Malen und das Basteln, das Tanzen und das Singen. Jedes Kind soll am Ende der Kita-Zeit einige deutsche Lieder singen und einige geeignete Kindergedichte in deutscher Sprache auswendig aufsagen können.

4. Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich ein für die Pflicht zu regelmäßigen **Kinderarztbesuchen** (U-Untersuchungen) ein. Sie sind nach der Durchführung der jeweiligen Untersuchung gegenüber dem Jugendamt nachzuweisen. Die Pflicht zur Untersuchung muss unter Verhängung eines Bußgeldes bei Verstoß gegen die Nachweispflicht gelten.

5. Auch für die Wiedereinführung von **Vorschulklassen** an den Grundschulen und verpflichtenden Schuleingangsuntersuchungen setzen wir uns ein.

### **Junges Leben im Bezirk**

Friedrichshain-Kreuzberg soll weiterhin interessant für die Generation der 18- bis 35-Jährigen bleiben, für junge Menschen wie für Familien. Nur so bleibt der Bezirk in Bewegung und behält sein innovatives Flair. Wir wehren uns daher gegen die Verwahrlosung ganzer Kiezbereiche, die von anderen Parteien billigend in Kauf genommen wird. **Uns stört** der **vermüllte Zustand** unserer Straßen und Plätze, **Hundekot** auf den Gehwegen und illegale **Graffiti**. Möglichkeiten wären hier die Förderung von Graffiti-Schutzanstrichen für Hauswände bis zum 1.OG oder mehr öffentliche, legale Graffiti-Wände.

Friedrichshain-Kreuzberg wird auch durch mehr **Kiez-Sportplätze**, **Schwimmbäder** und **Half-Pipes** (Sportanlagen für Skateboarder) attraktiver für junge Leute, durch **Hotspots** und **freies WLAN** (drahtloser Internetzugang), durch **Kulturprojekte** und **-wettbewerbe**.

Bei der **Lärmproblematik** bei Bars/Lounges und Biergärten ist die Position der Gewerbetreibenden dort zu unterstützen, wo es sich um einschlägig bekannte Straßen handelt – bei denen die zugezogenen Anwohner wissen mussten, worauf sie sich einließen. Gleiches gilt für **Spiel- und Bolzplätze**: Es ist ein Widerspruch, einerseits eine kinderfreundliche Gesellschaft zu fordern und sich dann andererseits über den Lärm der Kinder beim Spielen zu beschweren.

### **Generationengerechtigkeit**

Generationengerechtigkeit bedeutet, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der heutigen und die Lebenschancen der künftigen Generationen in ein ausgeglichenes Verhältnis gestellt werden. Generationengerechte Politik ist keine Selbstverständlichkeit; sie muss vielmehr erarbeitet werden.

Daher fordert die CDU Friedrichshain-Kreuzberg:

1. Lasten heutiger Entscheidungen dürfen nicht weiter auf morgen verschoben werden. Dies betrifft insbesondere die impliziten und expliziten **Schulden** der staatlichen und bezirklichen Ebenen und der Sozialversicherungssysteme, die künftigen Generationen die Freiheit zu eigenständiger Gestaltung nehmen.

2. **Nichterneuerbare Ressourcen** dürfen nur mit Rücksicht auf ihre spätere Verfügbarkeit verbraucht werden. In der Umwelt- und Energiepolitik reichen die Auswirkungen gegenwärtigen Handelns weit in die Zukunft hinein. Ihre Folgen müssen deswegen

besonders bedacht werden. **Energieeffizienz** ist daher oberstes Gebot bei allen bezirklichen Bau-, Umbau und Renovierungsmaßnahmen.

3. Konsumtive Ausgaben dürfen nicht auf Kosten von Zukunftsinvestitionen erfolgen. Bereiche wie **Bildung und Forschung** sind ein unverzichtbarer Bestandteil generationengerechter Politik. Sie ermöglichen und sichern Entwicklungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten der jungen Generation und künftiger Generationen.

#### **Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt – auch der beiden Stadtteile Friedrichshain und Kreuzberg – zu stärken, fordern wir die Durchführung von Festlichkeiten des Bezirkes zum **Tag der Deutschen Einheit**, z.B. auf der Oberbaumbrücke. Auf diese Weise würde eine positiv besetzte Patriotismusdebatte zum weiteren Zusammenwachsen der beiden Bezirksteile in unserem Ost-West-Bezirk beisteuern, ebenso würden solche Festlichkeiten zur besseren Integration der Menschen nichtdeutscher Herkunft beitragen. Neben dem notwendigen weiteren Zusammenwachsen von Friedrichshain und Kreuzberg ist das Zusammenwachsen Berlins mit seinem Umland ebenso notwendig, z.B. durch Festveranstaltungen, Fahrten, Treffen etc.

Die Einführung eines **Seniorentages** kann das Verständnis der Generationen füreinander fördern, ebenso **Zeitzeugenberichte** im Unterricht.

## **Mit bürgerschaftlichem Engagement für einen I(i)ebenswerten Bezirk**

Ein wichtiges Anliegen der CDU Friedrichshain-Kreuzberg ist es, unseren Bezirk, dem wir uns verbunden und dem wir uns verpflichtet fühlen, für alle lebenswert zu gestalten. Soziales Engagement, Engagement für gesellschaftlichen Zusammenhalt, im Kulturbereich oder für den Umweltschutz oder auch der Einsatz für Sauberkeit und Sicherheit können dazu beitragen, die Wohn- und Lebensqualität zu steigern.

#### **Schwerpunkt Sicherheit**

Es ist eine alte Weisheit, dass ohne Sicherheit weder Freiheit noch Lebensqualität bestehen kann. Deswegen streiten wir dafür, dass jede und jeder – ob jung oder alt, schwach oder stark, seine bzw. ihre individuellen **Lebensräume nutzen** kann, und dass dies nicht durch vermeidbare Gefahrenquellen beeinträchtigt wird. Es darf insbesondere nicht sein, dass in diesem Bezirk sogenannte „rechtsfreie“ Räume entstehen. Das Gesetz gilt überall und sein Geltungsbereich muss erkennbar sein, Bürger und Besucher müssen sich hier **auch nachts gefahrlos und frei** bewegen können.

Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg fordert und setzt sich dafür ein, dass zukünftig die Sicherheit in öffentlichen **Parks und Grünanlagen** (wie im Volkspark Friedrichshain oder im Görlitzer Park), sowie in öffentlichen **Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen** für die Benutzer gewährleistet wird; das gilt auch für die U-Bahnlinien 1, 5 und 8 (einschließlich der Aufzüge in den U-Bahnstationen). Bahnhöfe bergen als Anziehungspunkt für Kriminelle ein erhöhtes Gefahrenpotential. Eine besondere Bedrohungslage stellt die Situation rund um den U-Bahnhof am Kottbusser Tor dar; die Eröffnung des Drogenkonsumraums in dieser Gegend war unverantwortlich. Auch am Ostbahnhof (sowohl in der Ladenpassage als auch auf dem Bahnhofsvorplatz) muss die Sicherheit der Bürger erhöht werden, ebenso für Beschäftigte und Passanten am S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee (einschließlich der Verkehrswege samt Kreuzungen).

Auf den **Straßen des Bezirks** muss dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen stärker Rechnung getragen werden. Überfälle und das „Abfackeln“ von Autos können bereits im Vorfeld durch **mehr Polizeipräsenz** und ein konsequentes Eingreifen verhindert werden. Auch eine **verstärkte Präventionsarbeit** zur Entschärfung von Konfliktherden sowie der verstärkte Einsatz des **Ordnungsamtes** muss hier erwähnt werden – was selbst in New York unter dem Leitbild der „Null Toleranz“ gegenüber Gewalt und Gesetzesbrechern gelang, ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg möglich.

In **Wohngebieten** ist, in Parallele zum Integrationsgedanken, eine sozial ausgewogene **Mischung der Bevölkerungsgruppen** das wirksamstes Mittel gegen Gettoisierung und für mehr Sicherheit. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang auch entschieden gegen die Existenz latenter Gewaltherde in Form von widerrechtlich genutzten Häusern in Friedrichshain-Kreuzberg aus.

### **Unternehmer vor Gewalt schützen!**

Wir verurteilen die Anschläge von Linksextremisten auf zahlreiche Unternehmen im Bezirk, wie z.B. McDonald's, O<sub>2</sub>-Arena, Deutsche Bahn und Siemens. Auch die verbalen Angriffe von Politikern gegen diese oder andere Unternehmen verurteilen wir scharf. Wir begrüßen die Ansiedlung von Unternehmen in unserem Bezirk, da sie dadurch ihr eigenes Geld für sich und ihre Familien verdienen und zahlreiche Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in unserem Bezirk schaffen.

### **Schwerpunkt Sauberkeit**

Menschen fühlen sich wohl, wenn sie auf sauberen Straßen, Plätzen und durch saubere Parks spazieren dürfen und z.B. Eltern nicht befürchten müssen, dass ihre Kinder in Sandkästen oder auf Spielplätzen gefährlichen Abfällen begegnen. Zur Durchsetzung von mehr Sauberkeit in öffentlichen **Parks und Grünanlagen** schlagen wir vor, Bürgerinitiativen in Aktionen mit einzubeziehen, um gemeinsam ein effektives „**Parkmanagement**“ zu leisten. **Graffiti-Schäden** sollen unverzüglich durch die Bildung von „**Sofortreinigungskommandos**“ beseitigt werden. Außerdem muss Konsum und Vertrieb von Rauschgift ein Ende finden. Nach dem Grillen müssen Rückstände von den Verursachern beseitigt werden – hier ist insbesondere das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen gefragt.

Für **öffentliche Verkehrsmittel** und deren unmittelbare Umgebung möchten wir erreichen, dass gemeinsam mit der BVG **Patenschaften** für die Sauberkeit etwa am Ringcenter und auf der Karl-Marx-Allee eingegangen werden. Wir schlagen dafür Reinigungsaktionen der Ämter mit entsprechender Begleitung vor. Denn wir glauben, dass der **gemeinsame Einsatz für mehr Sauberkeit** einerseits die Kosten für Reinigungsmaßnahmen senkt und andererseits das Verständnis für die Arbeit des Reinigungspersonals mehrt. Mit unseren „**Platzputzaktionen**“ in Zusammenarbeit mit der Jungen Union sind wir hier schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir appellieren hier erneut an das Verantwortungsbewusstsein der Einzelnen, dazu beizutragen, dass unser Bezirk sauberer, schöner und damit lebenswerter wird.

### **Schwerpunkt soziales Engagement**

Bürgerschaftliches Engagement des Einzelnen für die Gemeinschaft machen den Bezirk in besonderem Maße l(i)ebenswert. Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg fordert zur Stärkung des sozialen Engagements:

1. Bestehende **lokale Bündnisse für Familien** in Friedrichshain-Kreuzberg sollen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Wir wollen die Neugründung solcher Initiativen fördern.

2. **Kinderspielplätze** müssen in ausreichender Zahl und kindgerecht unterhalten werden. Die Einrichtung und Unterhaltung von Spielplätzen soll unter Mitwirkung der Eltern und Jugendämter (Spielplatzkommissionen) ausgebaut werden, auch mithilfe von Werbung und Einbeziehung von Sponsoren. Wir begrüßen es, wenn **Eltern und Kinder** bereits in der Planungsphase, also vor der tatsächlichen Realisierung eines Spielplatzes, **eingebunden**

werden. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang auch für **rauch- und alkoholfreie Spielplätze** ein. Behördliche Anordnungen dieser Art müssen vom Bezirk konsequent durchgesetzt werden – auch mittels eines Bußgeldes.

3. **Sportvereine** (wie der VfB Berlin-Friedrichshain, Berliner Amateure, der BFC Türkiyemspor Berlin und demnächst auch der EHC Eisbären) sollen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Unser Ziel ist es, Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft und Menschen mit und ohne Behinderung durch den Sport einander näher zu bringen. Sport und soziales Engagement können **Brücken der Verständigung** bauen, und sie integrieren Menschen in die Gesellschaft. Sport ist sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche, das Erleben von Gemeinschaft fördert **gesellschaftliche Teilhabe** und Sozialkompetenzen wie **Verantwortungsbewusstsein** und ist die beste **Prävention** vor kriminellen Karrieren. Nicht zuletzt ist Sport ein wichtiger Bestandteil der **Gesundheitsförderung**. Wir möchten daher weiter dazu beitragen, dass Sportvereine mit Kitas und Schulen stärker kooperieren. Unsere Kinder brauchen körperliche und geistige Fitness, um ihre Chancen nutzen zu können! Wir wollen Sportmöglichkeiten erhalten und fördern; **Trägervereine** wie etwa zum Erhalt des Baerwaldbades müssen unterstützt werden.

### **Schwerpunkt Umwelt- und Naturschutz**

Grüner Lebensraum ist in einem Innenstadtbezirk wie unserem sehr kostbar. Im am dichtesten besiedelten Bezirk Berlins trägt auch die kleinste lärmfreie und grüne Fläche erheblich zur Lebensqualität bei. Wir setzen uns daher unter anderem dafür ein, dass die **Bäume am Landwehrkanal** geschützt werden, die **Spree** als verbindender, sauberer Fluss durch die Bezirke fließt und Umweltparameter wie die Belastung mit **Feinstaub** strikt eingehalten werden. Individual- und Geschäftsverkehr müssen möglich sein, abseits der Haupt- und Durchgangsstraßen müssen jedoch ebenso **verkehrsberuhigte Bereiche** zur Normalität gehören. Ein **fahrradfreundlicher Bezirk** kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Mobilität auf gesunde und nachhaltige Weise zu fördern.

Rücksichtsloses Befahren der Gehwege und sonstige Verstöße, etwa Missachtung des Rotlichts, sollen bei Radfahrern verstärkt geahndet werden, und zwar nicht nur durch Verwarnungen, sondern auch durch Bußgelder.

Wir christlichen Demokraten wollen ein **gedeihliches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer**. Ruppigkeiten und Aggressionen im Straßenverkehr lehnen wir ab. Bereits in der Schule muss gezielt auf ein derartiges friedliches Miteinander hin erzogen werden.

Wir fordern die Ausstattung von allen neuen öffentlichen Gebäuden mit **Solarenergiequellen**.

### **Schwerpunkt Kunst- und Kultur**

Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg fordert und setzt sich dafür ein,

1. dass eine **Erinnerungstafel „Plaza Theater“** am ND-Gebäude angebracht wird
2. dass **Galerien und Künstlervereinigungen**, wie z.B. die Galerie im Turm und der Kulturring e.V., unterstützt werden
3. dass der **Märchenbrunnen** im Volkspark Friedrichshain weitreichend genutzt werden kann
4. dass die **Freiluftkinos** in den Bezirken erhalten werden, ebenso
5. dass die **East Side Gallery** lückenlos saniert und restauriert wird
6. dass **Szenegegenden** gefördert werden und ihr Wert für das Bezirksmarketing anerkannt wird, denn Strandbars wie die am Spreeufer, Bars und Kneipen in der Oranienstraße, der Viktoriapark, die Simon-Dach-Straße und der Mehringdamm tragen zum einzigartigen Ruf unseres Bezirks bei und sind ein wichtiger Standortfaktor
7. dass die **Kultur von Menschen mit Migrationshintergrund** ebenso anerkannt, gefördert und erhalten wird
8. dass das Künstlerhaus **Bethanien** für eine finanzierbare Kunst- und Kulturszene erhalten wird und der bestehende rechtsfreie Raum (Hausbesetzerszene) beendet wird.

Die lebendige, vielschichtige **Kulturlandschaft im Bezirk** kann nur in **Verantwortungspartnerschaften** mit Akteuren, Vereinen und anderen Institutionen, engagierten Bürgern, privaten Initiativen und kommerziellen Unternehmen erhalten und ausgebaut werden. Die Präsentation von Kunst, eine zentrale Aufgabe der Kulturarbeit des Bezirks, muss ihrem sozialen Kontext Rechnung tragen, indem sie Kreativität, Sensibilität, Ausdrucks- und Deutungsvermögen sowie Offenheit und Verständnis anderer Denk- und Handlungsformen fördert.

Sie kann damit einen Beitrag zum sozialen und räumlichen Zusammenhalt der gesamten Berliner Stadtgesellschaft leisten.